

1 *Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

2 *Der SPD Landesparteitag möge beschließen:*

3 *Die Juso Landesmitgliederversammlung möge beschließen:*

4 *Die Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt möge beschließen:*

5 **A 11 Pflegekinder nicht für ihre Unterbringung aufkommen lassen -**
6 **Abschaffung von Paragraph 94 Abs. 6 SGB VIII**

7 Die Kostenbeteiligung von jungen Menschen in staatlicher Obhut (Paragraph 94 Abs. 6 SGB
8 VIII) soll abgeschafft werden. Wir fordern die Aussetzung dieser Praxis im Land Bremen bis zur
9 Streichung des entsprechenden Paragraphen.

10

11 Die Bürgerschaftsfraktion und die Bundesabgeordneten der SPD Land Bremen sind
12 aufgefordert, sich für die Abschaffung auf Bundesebene einzusetzen.

13

14 **Begründung:**

15 Das erste selbstverdiente Geld ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in ein selbstständiges
16 Leben, denn nur so lässt sich der Umgang mit Geld und das Sorgen für sich selbst erlernen.
17 Aber auch das Gefühl, sich etwas verdient zu haben und sich durch die eigene Arbeit Wünsche
18 erfüllen zu können, ist eine wichtige Erfahrung für junge Menschen, das für ihre Entwicklung
19 von elementarer Bedeutung ist.

20 Dieses trifft besonders auf diejenigen zu, die sich in der Obhut des Staates befinden und
21 anstatt bei ihren leiblichen Eltern in Pflegefamilien oder sozialen Einrichtungen aufwachsen.
22 Sie sind besonders darauf angewiesen, mit 18 Jahren selbst für sich sorgen zu können, da sie
23 sich dann zumeist nicht mehr in staatlicher Obhut befinden.

24

25 Wenn diese Menschen aber anfangen zu arbeiten, müssen sie - solange sie sich in staatlicher
26 Obhut befinden - einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte (bis zu 75%) an den Staat abgeben, um
27 sich damit an den Kosten ihrer Unterbringung zu beteiligen. Dies ist zutiefst ungerecht und
28 untergräbt jegliche Anreize für Jugendliche, den ersten Schritt in die Selbstständigkeit zu
29 wagen. Außerdem nimmt es ihnen die Möglichkeit ein Teil ihres Geldes z.B. für einen
30 Führerschein oder den Auszug zu sparen.

31

32 Die Jugendlichen müssen dabei für eine Maßnahme aufkommen, welche sie in den meisten
33 Fällen nicht verschuldet haben. Daneben kann es in Pflegefamilien zu Konflikten kommen, da
34 die leiblichen Kinder - im Gegensatz zu den Pflegekindern - ihr gesamtes Gehalt behalten
35 dürfen. Dies führt zu einer zu zusätzlichen Bestrafung der Jugendlichen, die sich sowieso schon
36 in einer schwierigen Situation befindet und legt ihnen unnötig Steine in den Weg. Aus diesem
37 Grund ist eine Abschaffung dieser Regel notwendig, um diesen jungen Leuten dieselben
38 Chancen einzuräumen wie anderen.

39